



Energiebewusstsein 2011

**Ergebnisse einer repräsentativen
Bevölkerungsumfrage in Thüringen
zu energiebezogenen Einstellungen
und Verhaltensweisen**





RESIDENS

Das RESIDENS-Projekt wird durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur gefördert (Förderkennzeichen B 514 – 09025).

Impressum

TU Ilmenau
Ehrenbergstr. 29
98693 Ilmenau

Herausgeber: Der Rektor der Technischen Universität
Redaktion: Prof. Dr. Jens Wolling, Dipl.-Medienwiss. Dorothee Arlt
Gestaltung: TU Ilmenau Service GmbH
Druck: inDemand Printing GmbH, Langenfeld
Fotos: iStockphoto, S.20: Vattenfall Europe AG
Alle Rechte vorbehalten.
Stand: September 2011; 1. Auflage

URN urn:nbn:de:gbv:ilm1-2011200540

Kontakt

www.residens-projekt.de
residens@tu-ilmenau.de

Zitation der Studie:
Arlt, D. & Wolling, J. (2011): *Energiebewusstsein 2011. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Thüringen zu energiebezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen*. Ilmenau.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die vorliegenden Forschungsergebnisse sind im Rahmen des Projekts RESIDENS der Technischen Universität Ilmenau entstanden. Die Ergebnisbroschüre beinhaltet ausgewählte Befunde einer von Mai bis Juni 2011 durchgeführten Befragung Thüringer Bürger über ihre Einstellungen zum Thema Energie, ihren Umgang mit Energie sowie ihre Informationsquellen zum Thema Energie. Die hier präsentierten Befunde sind in Zusammenhang mit den Befragungsergebnissen aus den Jahren 2009 und 2010 zu betrachten, die bereits in zwei weiteren Publikationen veröffentlicht wurden (www.residens-projekt.de).

Das RESIDENS-Projekt begann Mitte 2009 – lange bevor die Energieversorgung als Folge von Fukushima und der darauf beschlossenen Energiewende zu einem herausragendem politischen Thema wurde. Gegenstand des Forschungsprojekts ist die Frage, ob durch die aktivere Einbeziehung der Verbraucher ein substantieller Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung geleistet werden kann. Vor dem Hintergrund der angestrebten verstärkten Nutzung erneuerbarer Energiequellen, bekommt diese Fragestellung zusätzliche Relevanz, denn eine der zentralen Herausforderungen bei der Nutzung erneuerbarer Energien ist es, das schwankende Stromangebot aus diesen Energiequellen mit der Nachfrage durch die Stromkunden zu synchronisieren.

Um dieses Ziel umsetzen zu können, ist eine flächendeckende Einführung von Smart Metern (intelligenten Stromzählern) in Privathaushalten eine der diskutierten Maßnahmen. Durch die Nutzung dieser Geräte sollen die Stromkunden in die Lage versetzt werden, ihren individuellen Strombedarf besser zu kontrollieren und gegebenenfalls an das variierte Stromangebot anpassen zu können. Im Gegenzug sollen die Strompreise in nachfragearmen Zeit gesenkt werden, so dass die Verbraucher die Chance haben, Kosten zu sparen. Durch das RESIDENS-Projekt sollen insbesondere auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen eruiert werden, um herauszufinden, ob es mit Hilfe der Kunden möglich ist, die Nachfrage nach elektrischem Strom an die jeweilige Angebotslage anzupassen.

Der Erfolg energiepolitischer Maßnahmen für eine nachhaltige Energieversorgung im Allgemeinen, und der Smart Meter Technologie im Besonderen, hängt entscheidend von deren Akzeptanz bei den Verbrauchern ab. Da das Verhalten der Privatverbraucher für die Gestaltung der zukünftigen Energieversorgung von zentraler Bedeutung ist, wird ihre Perspektive in diesem Projekt in den Mittelpunkt gestellt: In der hier vorgestellten Bevölkerungsbefragung geht es zum einen darum herauszufinden, wie die Bürger die Smart Meter Technologie einschätzen und wie sich ihre Nutzungsbereitschaft darstellt. Diese Einschätzungen sollten jedoch nicht isoliert betrachtet werden, sondern im Zusammenhang mit den generellen energiebezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger. Darüber hinaus wird ein besonderes Augenmerk auf die einschlägigen Informationsquellen der Bürger gelegt, um herauszufinden, wie der Diffusions- und Adaptionsprozess dieser neuen Technologie kommunikativ begleitet werden kann.

Das RESIDENS-Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und wird durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur unter dem Förderkennzeichen B 514 – 09025 gefördert. Durchgeführt wird das Projekt von der Technischen Universität Ilmenau in Kooperation mit vier weiteren Projektpartnern: Dem Fraunhofer Anwendungszentrum für Systemtechnik (AST), dem Fraunhofer-Institut für Digitale Medientechnologie (IDMT), dem Institut für Energiewirtschaftsrecht an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (IEWR) sowie den Stadtwerken Ilmenau.

Wir wünschen Ihnen nun eine anregende und informative Lektüre der Forschungsergebnisse.

Dipl.-Medienwiss. Dorothee Arlt
Prof. Dr. Jens Wolling



Inhaltsverzeichnis

1.	Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick	6
2.	Informationen zur Methode der Untersuchung	7
3.	Medien als Informationsquelle zum Thema Energie	8
4.	Energiepolitische Präferenzen	12
5.	Einstellungen zur Atomkraft und zum Atomausstieg	14
6.	Kenntnisstand über erneuerbare Energien und Energiewende	16
7.	Einstellungen zum Netzausbau durch den Thüringer Wald	21
8.	Einstellungen zum Ausbau von Wind- und Solarenergie	22
9.	Zahlungsbereitschaft zur Ermöglichung der Energiewende	23
10.	Energiebezogene Handlungsbereitschaft	24
11.	Private Haushalte und Smart Meter	26



Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick

Wie informieren sich die Thüringer über Energiethemen?

- Fragen rund um die Energieversorgung sind wichtige Themen der Medien! Über 90 Prozent der Thüringer sagen, dass Ihnen häufig oder sogar sehr häufig Medienberichte über das Thema Energie aufgefallen sind
- Informationen zum Thema Energie werden auch aktiv gesucht! 52 Prozent suchen zumindest gelegentlich aktiv nach Informationen hierzu, wobei sie vor allem das Internet nutzen.

Welche energiepolitischen Präferenzen haben die Thüringer und welche die Regierung?

- Für die meisten Thüringer ist eine umweltschonende Energieversorgung am wichtigsten, gleichzeitig sind sie allerdings der Ansicht, dass für die Thüringer Landesregierung und vor allem für die Bundesregierung die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung erste Priorität hat.

Welche Meinungen haben die Thüringer zum Stromnetzausbau durch den Thüringer Wald und den Protesten gegen den Ausbau?

- Die Mehrheit der Thüringer (55%) akzeptiert die Notwendigkeit, das Stromnetz durch den Thüringer Wald auszubauen, um die Nutzung erneuerbarer Energien besser zu ermöglichen.
- Zwar wird der Netzausbau grundsätzlich befürwortet, aber die Bevölkerung hat trotzdem eine sehr differenzierte Meinung über die Trasse durch den Thüringer Wald und die Gründe, warum sie so umstritten ist: Genannt wurden unter anderem Umwelt- und Landschaftsaspekte, gesundheitliche Folgen, Gefährdung des Tourismus bis hin zur nicht weniger problematischen Alternative der Erdverkabelung.

- Auf die Frage, ob die Proteste gegen die Stromtrasse den Ausbau erneuerbarer Energien behindern, zeigten sich die Befragten gespalten: 35 Prozent bewerten die Proteste eindeutig als Behinderung, 45 Prozent sahen dies aber anders. 4 Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich schon mal aktiv an einer Protestaktion gegen die Starkstromtrasse beteiligt hatten.

Welche Meinungen haben die Bürger zum beschlossenen Atomausstieg?

- Rund 60 Prozent der Thüringer glauben, dass man den deutschen Energiebedarf auch ohne Atomenergie abdecken kann.
- Allerdings halten fast 80 Prozent einen deutschen Atomausstieg ohne Einbeziehung der europäischen Nachbarländer nicht für zielführend.
- 40 Prozent halten es sogar für möglich, dass der Atomausstieg am Ende doch noch platzt.

Wie denken die Bürger über Smart Meter?

- 85 Prozent der Befragten bewerten die detaillierten Informationen über den Stromverbrauch, den Smart Meter bereitstellen, als nützliche Funktion.
- Auch das Angebot variabler Stromtarife, die durch Smart Meter ermöglicht werden sollen, bezeichneten 81 Prozent als nützlich.
- Und selbst die Möglichkeit, bestimmte elektrische Geräte wie Waschmaschinen und Geschirrspüler bei einem günstigen Stromtarif direkt durch den Smart Meter ansteuern zu lassen, wird von einer großen Mehrheit (77%) als sinnvoll bewertet.

Informationen zur Methode der Untersuchung

Die Daten der vorliegenden Ergebnisbroschüre wurden im Rahmen der dritten Umfrage des RESIDENS-Projekts im Zeitraum vom 15. Mai bis 4. Juni 2011 durch eine telefonische Befragung gewonnen. Interviewt wurden Personen in Thüringer Privathaushalten über 18 Jahre.

Das Besondere an dieser Untersuchung ist, dass es sich um eine sogenannte Panelbefragung handelt. Das bedeutet, dass alle Personen, die bereits 2009 und/oder 2010 an der Umfrage teilgenommen haben, 2011 noch einmal befragt wurden. Insgesamt gelang es 183 Personen in allen drei Jahren zu befragen. 348 Personen nahmen sowohl 2010 als auch 2011 teil. Die übrigen Personen konnten nicht erreicht werden oder wollten nicht noch einmal teilnehmen. Bei den Personen, die mehrfach interviewt werden konnten, spricht man von Teilnehmern im Befragungspanel.

Für die Vergleichbarkeit über die Jahre hinweg, sollte die Stichprobengröße aber ungefähr gleich groß gehalten werden, weshalb einige Personen 2011 erstmalig befragt wurden. In diesem Fall spricht man von einer Nachziehung von Befragungsteilnehmern. Damit die repräsentativen Ergebnisse für die Thüringer Bevölkerung trotz neuer Teilnehmer erhalten bleiben, erfolgte die Auswahl der zusätzlichen Befragten wiederum anhand eines wissenschaftlichen Verfahrens, das mit Unterstützung der ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen) realisiert wurde. Dabei wurde von der ZUMA zunächst eine Liste von Telefonanschlüssen in Thüringer Privathaushalten per Zufallsauswahl zusammengestellt (Random Last Digits-Verfahren) und diese ausgewählten Nummern wurden anschließend von geschulten Mitarbeitern kontaktiert.

Die eigentliche Befragung wurde dann mit der Person im Haushalt geführt, die als nächste Geburtstag hat (Next-Birthday-Methode) und nicht etwa immer mit der Person, die das Telefongespräch entgegengenommen hat. Nur solch ein komplexes und aufwendiges Verfahren führt zu einer repräsentativen Auswahl. Wenn die auf diese Weise ermittelten Personen einverstanden

waren, wurde anschließend ein durchschnittlich 20-minütiges Telefoninterview geführt. Durchgeführt wurde die Befragung wiederum von studentischen Interviewerinnen und Interviewern im Telefonlabor des Instituts für Medien und Kommunikationswissenschaft der Technischen Universität Ilmenau.

Der Fragebogen dieser dritten Befragung umfasste Fragen zur allgemeinen und energiebezogenen Mediennutzung, zu energiepolitischen Präferenzen, Einstellungen zum beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie, zur Energie-wende und dem Ausbau erneuerbarer Energien in Thüringen sowie zu Smart Metern, den sogenannten intelligenten Stromzählern.

Insgesamt nahmen somit 548 Thüringerinnen und Thüringer (51% Frauen, 49% Männer) im Alter zwischen 18 und 92 Jahren (Durchschnittsalter: 51 Jahre) an der Befragung teil. Die nachfolgenden Auswertungen beziehen sich – soweit nichts anderes angegeben ist – auf diese 548 Personen. Teilweise werden die aktuellen Daten auch mit den Befunden aus den vorherigen Befragungen verglichen was entsprechend ausgewiesen wird.



Studentische Interviewerinnen und Interviewer bei der dritten Befragungswelle im Telefonlabor des Instituts für Medien und Kommunikationswissenschaft.



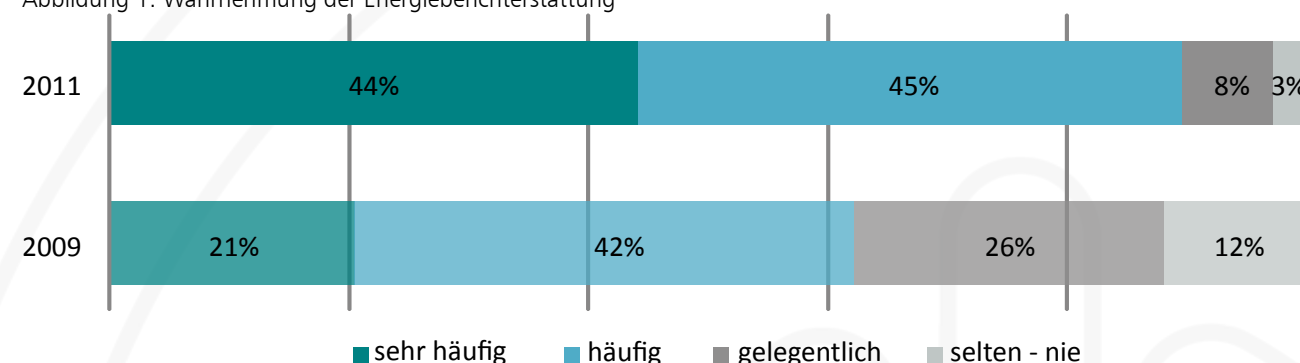
Medien als Informationsquelle zum Thema Energie

Normalerweise ist das Thema Energie für die meisten Menschen in entwickelten Ländern von keinem besonderen Interesse. Mit Informationen hierzu werden die Bürger eher beiläufig in ihrem Alltag konfrontiert. Eine große Rolle spielt dabei die allgemeine Mediennutzung. Um herauszufinden, durch welche Kommunikationskanäle die Thüringer über Energie informiert werden, wurden in allen drei Befragungswellen Daten zur allgemeinen Mediennutzung erhoben. Ergebnisse hierzu wurden bereits in der Ergebnisbroschüre 2009 publiziert. Da entsprechende Verhaltensweisen sich insgesamt nur wenig verändern, wird auf eine erneute Darstellung der Befunde hier verzichtet.

Wahrnehmung von Energiethemen

Spezielle Fragen zur Nutzung von Informationen über das Thema Energie wurden in den Befragungswellen 2009 und 2011 gestellt. Dabei

Abbildung 1: Wahrnehmung der Energieberichterstattung



Bewertung der Energieberichterstattung

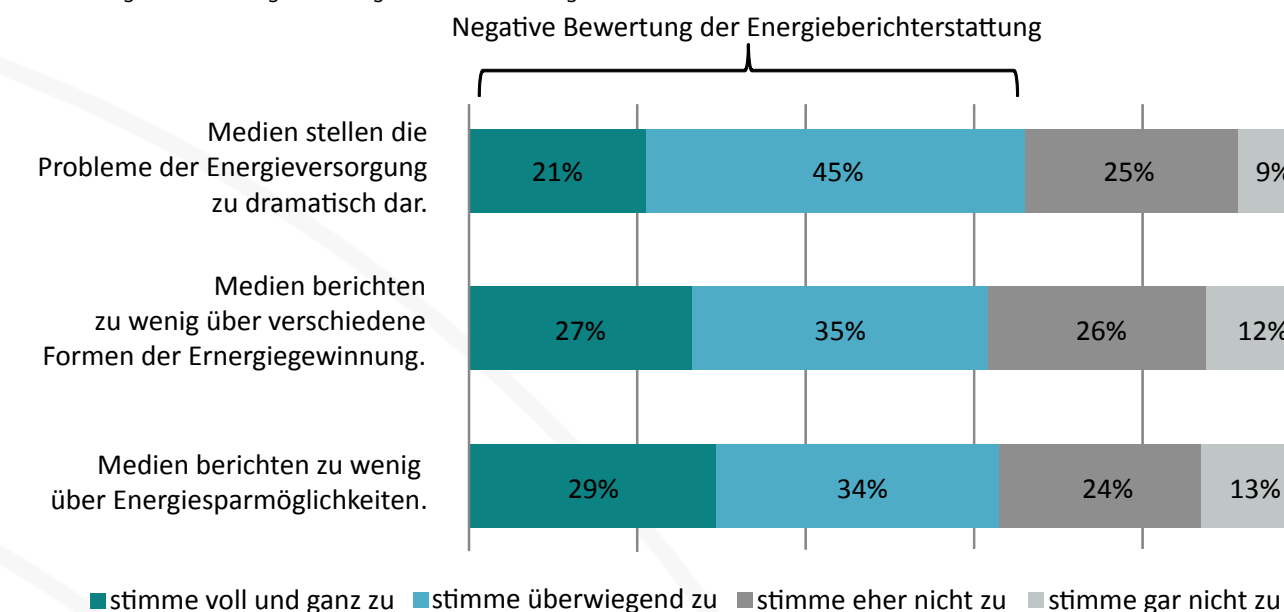
Auch wenn der Anteil der Bürger, denen Beiträge über das Thema Energie und Umwelt aufgefallen sind, deutlich gestiegen ist, bedeutet dies nicht, dass die Bürger mit der Berichterstattung auch zufrieden sind. Ganz im Gegenteil: Die Berichterstattung der Medien wird überwiegend kritisch bewertet. Zum einen bemängeln rund zwei Dritteln der Befragten die zu starke Dramatisierung der Berichterstattung über die Probleme der Energieversorgung. Zum anderen wird von

wurde zum einen nach der bewussten Wahrnehmung von Medienberichten zum Thema Energie, Klima und Umwelt während der allgemeinen eher beiläufigen Mediennutzung gefragt. Zum anderen wurden Fragen zur aktiven Suche nach Informationen speziell zum Thema Energie, Energieverbrauch und Energieeinsparmöglichkeiten gestellt.

Bereits im Jahr 2009 gaben über 60 Prozent der Befragten an, dass ihnen häufig oder sogar sehr häufig Beiträge zu Thema Energie, Klima und Umwelt in den Medien aufgefallen sind. Dieser ohnehin schon hohe Anteil ist auf fast 90 Prozent im Jahr 2011 gestiegen. Dieser Anstieg dürfte nicht zuletzt auf die Berichterstattung über die Havarie im Atomkraftwerk Fukushima, das darauf folgende Atommoratorium, sowie die anschließende Debatte über die Energiewende zurückzuführen sein.

über 60 Prozent der Thüringer der Informationsgehalt der medialen Energieberichterstattung als unzureichend bezeichnet: Sowohl die Intensität, mit der die Medien über die verschiedenen Möglichkeiten der Energiegewinnung berichten, als auch der Umfang der Information zum Thema Energiesparen, werden von der Mehrheit der Befragten als nicht zufriedenstellend bezeichnet.

Abbildung 2: Bewertung der Energieberichterstattung

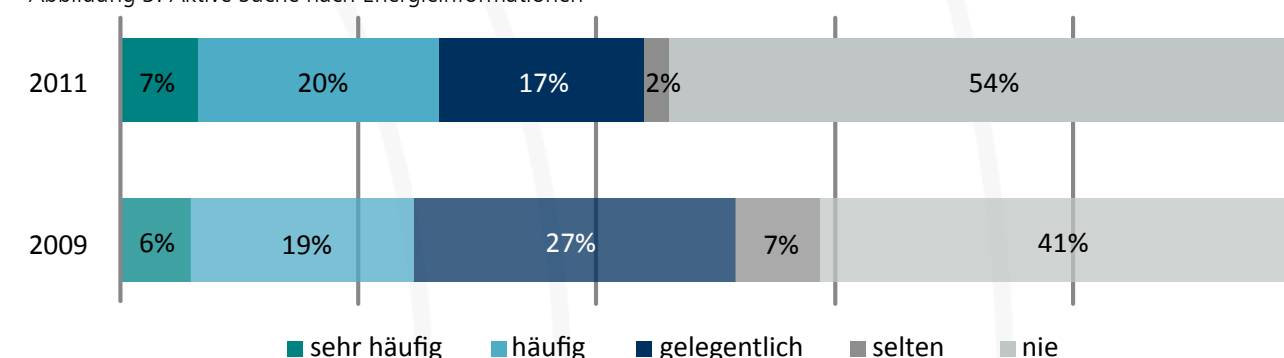


Aktive Informationssuche

Während der Anteil der Personen, die im Rahmen ihrer habitualisierten Mediennutzung auf das Thema häufig aufmerksam wurden, deutlich gestiegen ist, ist der Anteil derjenigen, die aktiv nach Informationen zum Thema Energie suchten, um 13 Prozentpunkte zurückgegangen: Während im Jahr 2009 fast 60 Prozent der Befragten aktiv nach Informationen suchten, waren es zwei Jahre

später nur noch gut 45 Prozent. Betrachtet man jedoch die Intensität der Suche, dann zeigt sich, dass der Anteil derjenigen, die häufig oder sehr häufig nach Informationen suchen, nahezu gleich geblieben ist: Rund 25 Prozent aller Befragten sagen, sie hätten im zurückliegenden Jahr häufig oder sogar sehr häufig aktiv nach Informationen zum Thema gesucht.

Abbildung 3: Aktive Suche nach Energieinformationen





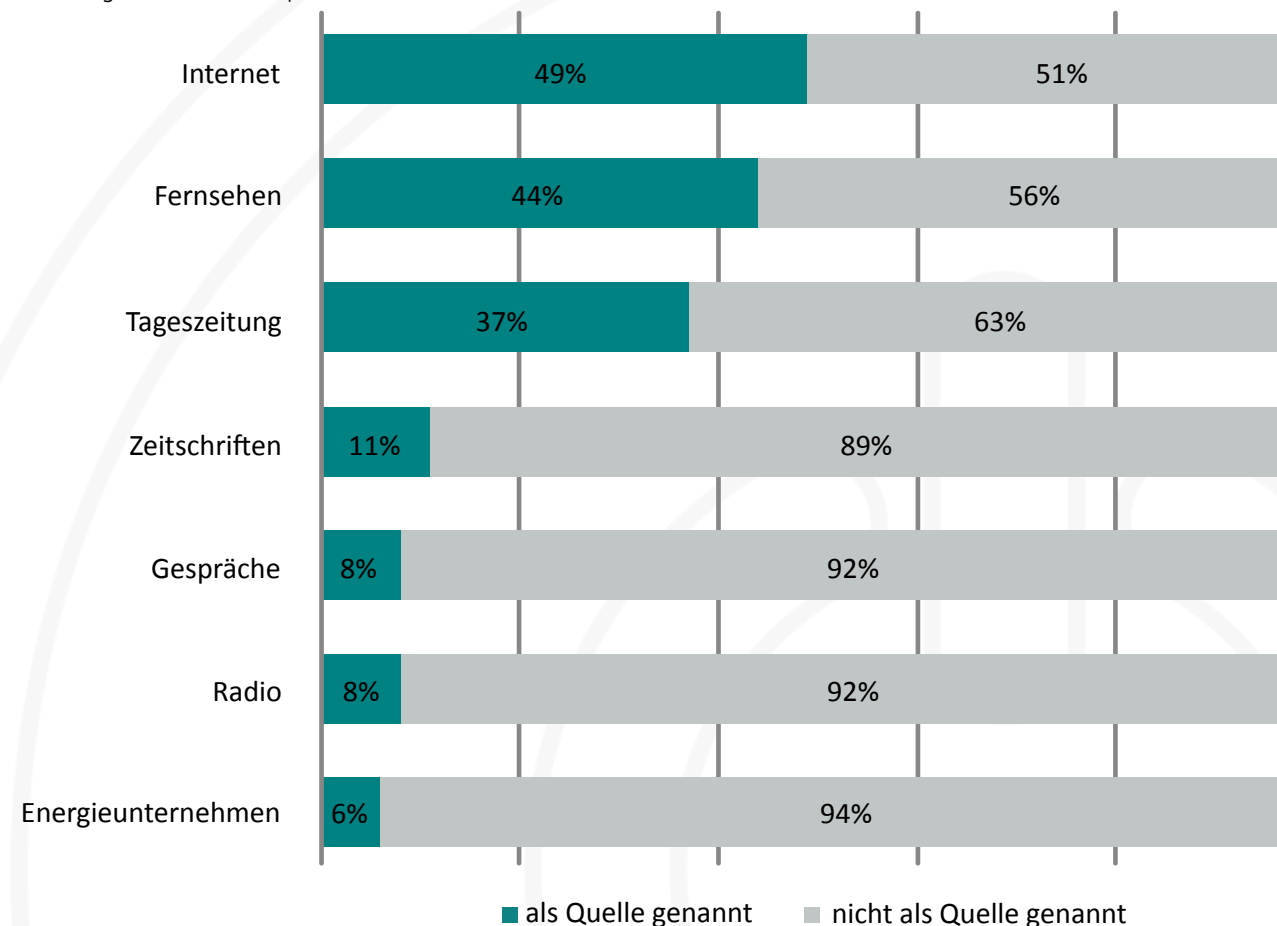
Quellen der aktiven Informationssuche

Die wichtigste Informationsquelle bei der aktiven Suche war sowohl 2009 als auch 2011 das Internet. Dieser Befund belegt, welche Bedeutung das Internet mittlerweile als Informationsquelle gewonnen hat, sicherlich nicht zuletzt deshalb, weil es aufgrund seiner medialen Charakteristika für eine gezielte Suche besonders geeignet ist. Dennoch spielen auch die klassischen Massenmedien weiterhin eine bedeutende Rolle als Informationsquelle bei der aktiven Suche nach energiebezogenen Informationen. Insbesondere Fernsehen und Tageszeitung werden von den Thüringern hierfür häufig herangezogen. Im Radio, in Zeitschriften – aber auch bei den Energieunternehmen selbst – wird hingegen nur

von wenigen Bürgern aktiv nach Informationen gesucht. Das gleiche gilt für das persönliche Umfeld: Weniger als 10 Prozent der Befragten gaben an, bei ihren Mitbürgern Informationen erfragt zu haben.

Im Vergleich zum Jahr 2009 fällt auf, dass die Befragten insgesamt mehr Quellen genannt haben: Der Anteil derjenigen, die das Internet nannten, ist von 39 auf 49 Prozent gestiegen, bei der Tageszeitung ist der Anteil um 14 Prozentpunkte auf 37 Prozent gestiegen und beim Fernsehen hat sich der Anteil sogar auf 44 Prozent verdoppelt.

Abbildung 4: Informationsquellen bei aktiver Informationssuche



Motive der aktiven Informationssuche

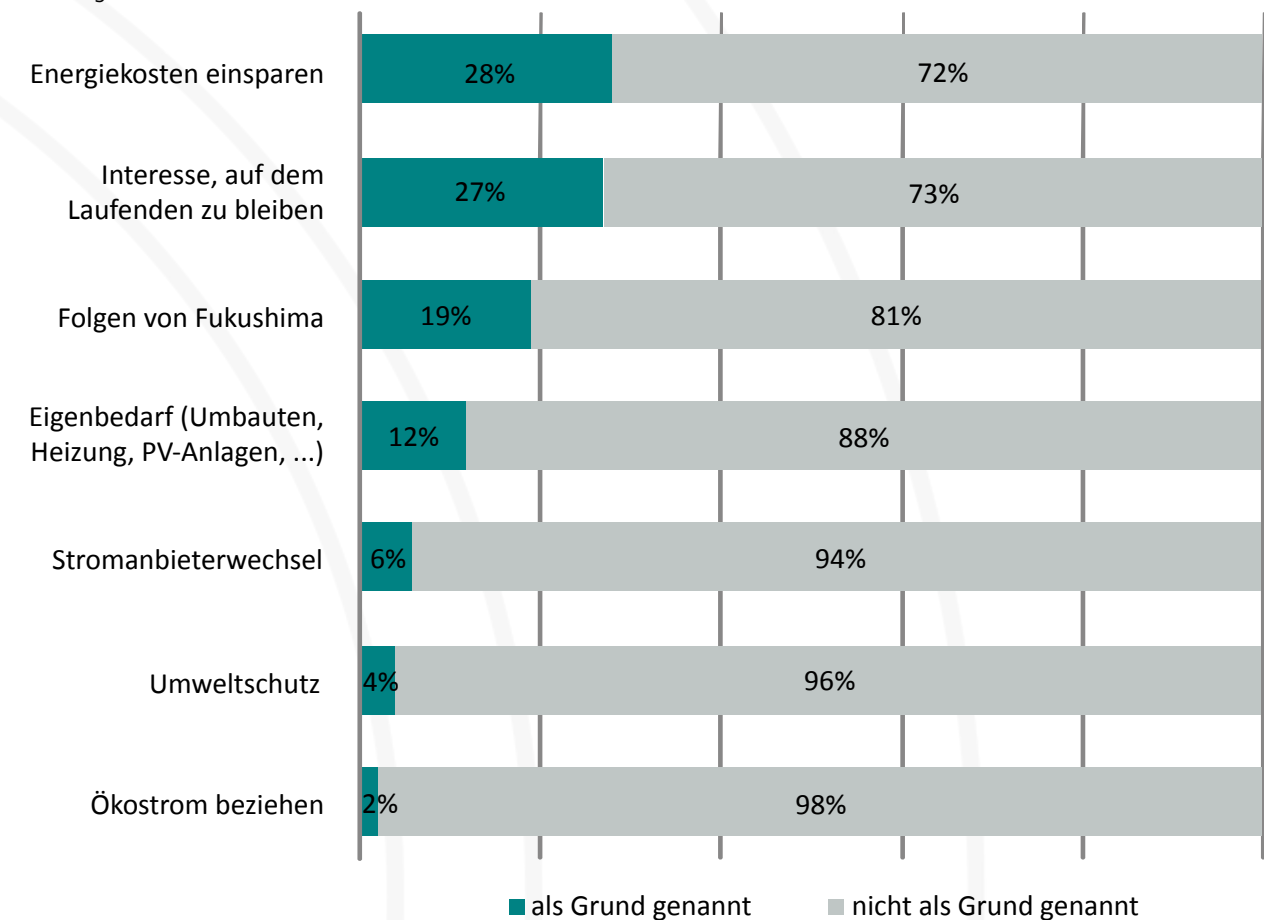
Während die Zusammensetzung des Medienrepertoires sich bei der aktiven Suche kaum verändert hat, finden sich bei der inhaltlichen Ausrichtung der Suche deutliche Verschiebungen: 2009 dominierten die ökonomischen Motive und bei der Suche war eine klare Nutzenorientierung zu erkennen. Der wichtigste Grund für die gezielte Suche nach Informationen war damals der Wunsch Energie einzusparen, um damit die Kosten zu senken (54%).

Zwar blieb dies auch 2011 der wichtigste Grund, jedoch auf deutlich niedrigerem Niveau (28%). Unmittelbar danach folgte nun aber der Wunsch, sich allgemein über Energiethemen zu

informieren, um über die politische Debatte zum Thema auf dem Laufenden zu bleiben. 2009 hatten nur neun Prozent diesen Grund genannt. Zwei Jahre später hatte sich der Anteil auf 27 Prozent verdreifacht.

Dieses stärker gesellschaftspolitisch ausgerichtete Informationsverhalten zeigt sich auch daran, dass fast 20 Prozent angaben, aktiv nach Medienbeiträgen gesucht zu haben, um sich über die Folgen der Reaktorhavarie in Fukushima zu informieren. Die direkt handlungsbezogenen Motive – wie beispielsweise der Plan erneuerbare Energien zu nutzen – spielten auch 2011 eine nachrangige Rolle.

Abbildung 5: Motive der aktiven Informationssuche



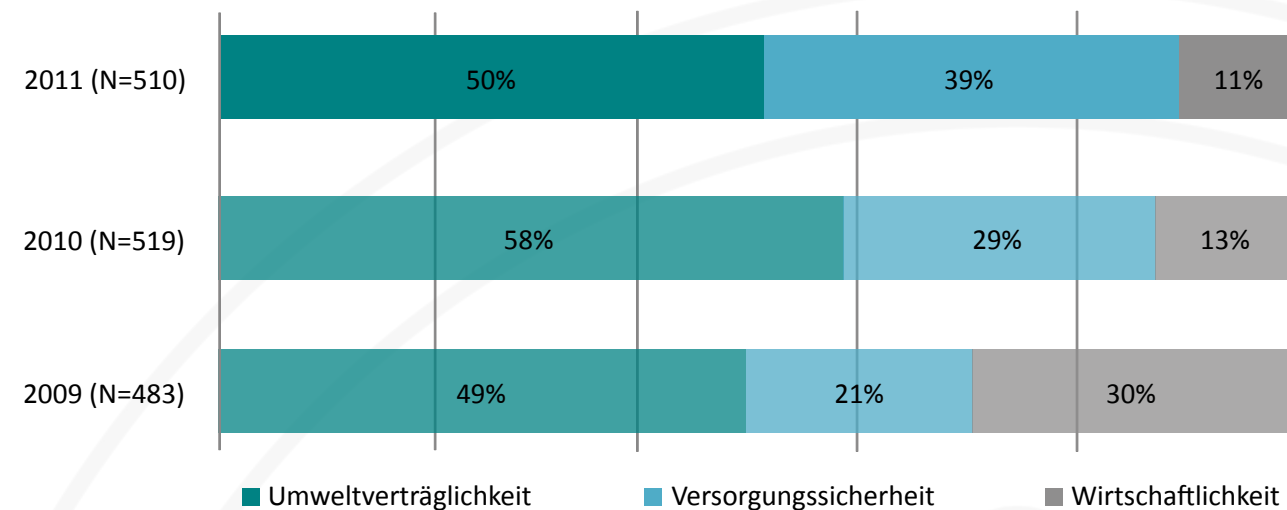


Energiepolitische Präferenzen

In allen drei Untersuchungsjahren war für die meisten Thüringer die Umweltverträglichkeit der wichtigste Aspekt, der bei der Energieversorgung zu berücksichtigen ist. Die höchste Priorität fand der Umweltaspekt im Jahr 2010. Im Jahr darauf ging der Wert für die Umwelt wieder um einige Prozentpunkte zurück. Zwischen den anderen beiden Präferenzen hat hingegen eine deutliche Prioritätenverschiebung stattgefunden:

Während 2009 die Wirtschaftlichkeit noch vor der Versorgungssicherheit lag, hatte sich diese Verhältnis bereits 2010 umgekehrt. Im darauf folgenden Jahr haben sich die Prioritäten der Befragten noch weiter zugunsten der Versorgungssicherheit verschoben: 2011 bezeichneten fast 40 Prozent die Versorgungssicherheit als wichtigsten Aspekt der Energiepolitik.

Abbildung 6: Energiepolitische Präferenzen im Zeitverlauf

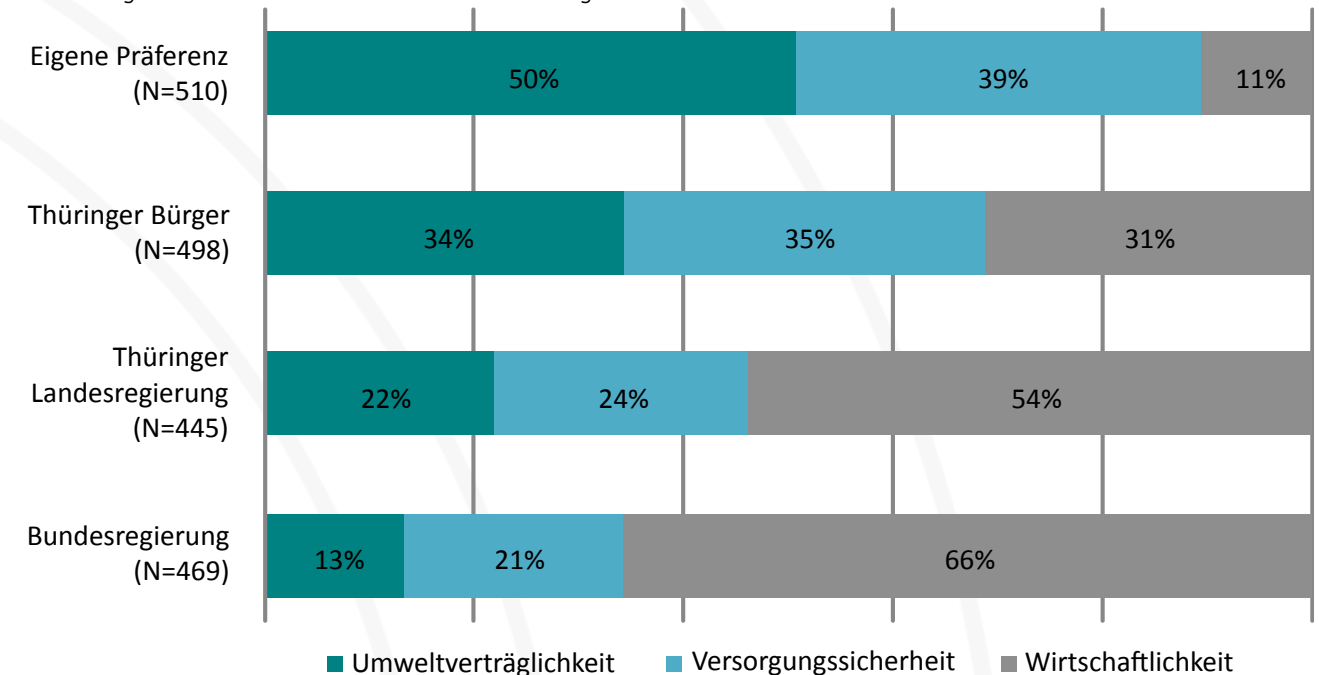


In der Untersuchung des Jahres 2011 wurden die Thüringer erstmals nicht nur nach ihrer eigenen energiepolitischen Haltung befragt, sondern sie wurden auch gebeten einzuschätzen, was sie über die Präferenzen der übrigen Bevölkerung vermuten und welche Präferenzen sie bei wichtigen politischen Akteuren erkennen.

Grundsätzlich zeigt sich, dass die Mehrheit der Thüringer bei sich selbst zwar die Umweltpreferenz an erster Stelle nennt, viele aber davon ausgehen, dass bei ihren Mitbürgern diese Umweltorientierung nicht so stark ausgeprägt

ist und ökonomischen Präferenzen eine deutlich stärkere Rolle spielen. Noch stärker ökonomisch ausgerichtete Präferenzen erkennen die Bürger bei der Landesregierung. 54 Prozent der Befragten meinen, die Ökonomie steht für die Landesregierung bei der Energieversorgung an erster Stelle. Und bei der Bundesregierung gehen sogar 2/3 der Befragten davon aus, dass für sie die Wirtschaftlichkeit höchste Priorität hat. Diese deutlichen Differenzen sprechen dafür, dass sich viele Thüringer Bürger bei diesem Thema weder von der Landesregierung noch von der Bundesregierung angemessen vertreten fühlen.

Abbildung 7: Persönliche Präferenz und Wahrnehmung der Präferenz anderer Akteure





Einstellungen zur Atomkraft und zum Atomausstieg

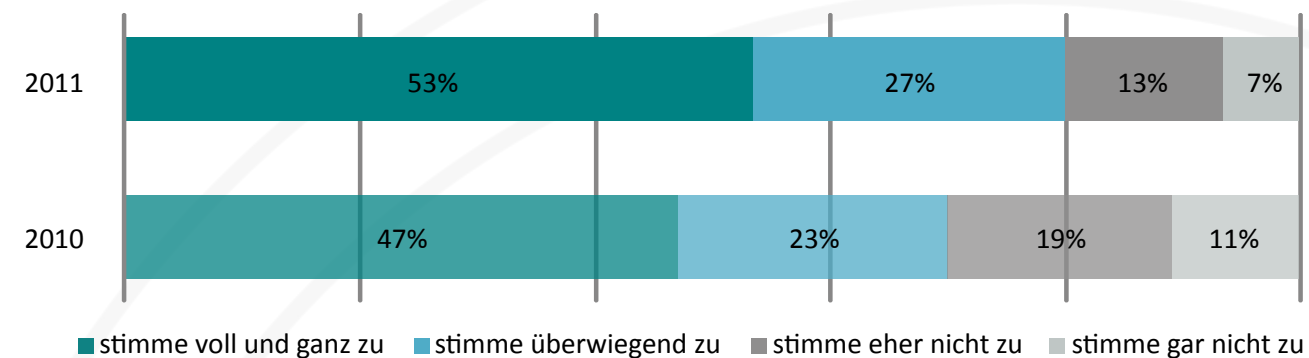
In der energiepolitischen Debatte spielte die Atomenergie über Jahrzehnte hinweg eine herausgehobene Rolle. Mit dem Atomkonsens im Jahr 2000 zwischen der damaligen rot-grünen Bundesregierung und den Energieversorgern wurde der mittelfristige Ausstieg aus der Atomenergie gesetzlich geregelt.

Im Jahr 2010 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung mit dem Beschluss der Laufzeitverlängerung für die vorhandenen Atomkraftwerke diesen Konsens aufgekündigt. Wenige Monate später – unter dem Eindruck der Reaktorhavarie in Fukushima – wurde dieser Beschluss

wieder rückgängig gemacht und nun sogar ein beschleunigter Ausstieg aus der Atomenergie vom Bundestag beschlossen.

Dass die Nutzung der Atomkraft bereits 2010 – als die Bundesregierung eine Laufzeitverlängerung verfügte – in der Bevölkerung durchaus skeptisch beurteilt wurde, zeigt sich daran, dass eine breite Mehrheit der Thüringer (70 Prozent) wegen der Sicherheit der Atomkraftwerke besorgt war. Dieser Prozentsatz stieg nach dem Reaktorunfall nochmals um 10 Prozentpunkte auf nun 80 Prozent.

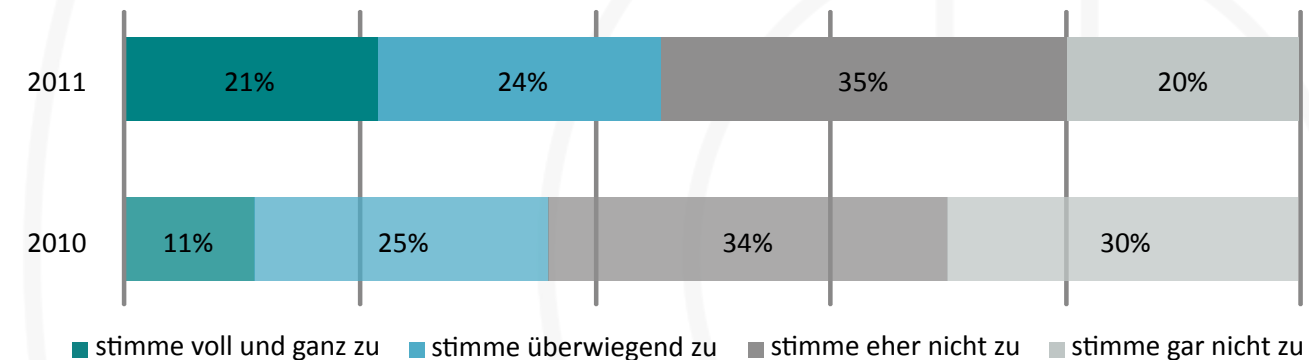
Abbildung 8: „Ich bin besorgt wegen der Sicherheit von Atomkraftwerken.“



Trotz dieser Bedenken hinsichtlich der Sicherheit fühlen sich die meisten Befragten nicht unmittelbar gefährdet. Zwar ist der Anteil derjenigen, die sich durch die Nutzung der Atomenergie bedroht fühlen, nach Fukushima ebenfalls gestiegen, aber auch 2011 erreichte ihre Zahl nicht die 50 Prozent

Marke. Die Thüringer sehen zwar die Risiken der Atomkraft, aber sie sind hinsichtlich ihrer eigenen Sicherheit nicht besonders besorgt.

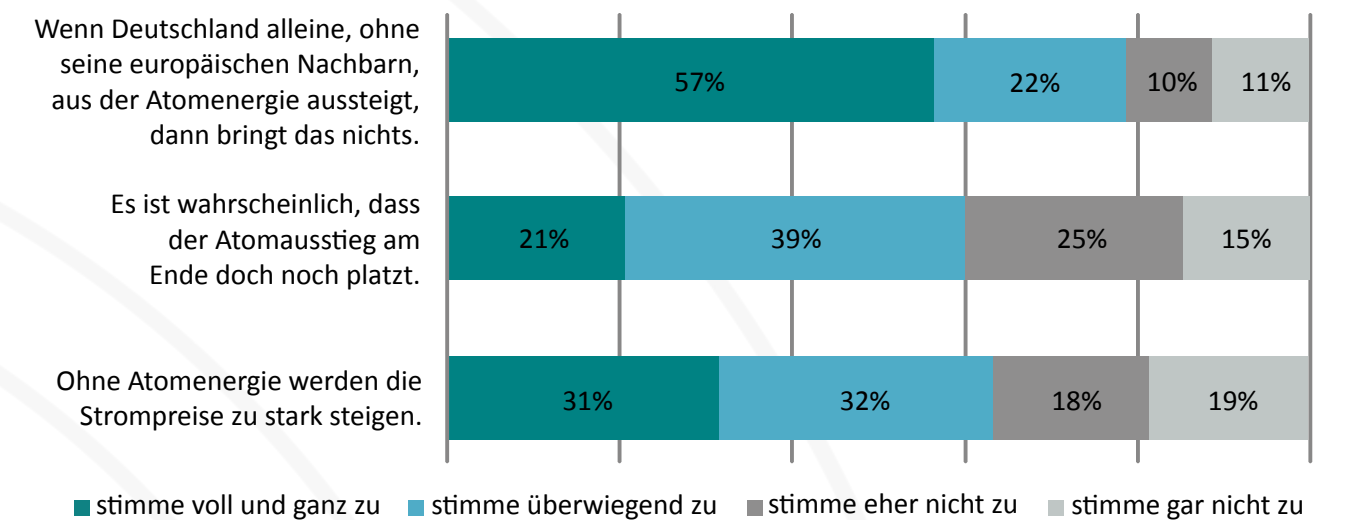
Abbildung 9: „Ich fühle mich durch die Nutzung von Atomkraft bedroht.“



Bezüglich der Folgen des beschlossenen Atomausstiegs überwiegen in der Bevölkerung skeptische Einschätzungen: Vor allem der deutsche Alleingang wird kritisch beurteilt: Fast 80 Prozent der Thüringer sind der Ansicht, dass ein Ausstieg ohne Einbeziehung der europäischen Nachbarn nicht erfolgsversprechend ist. Zudem befürchten fast zwei Drittel, dass die Stromkosten stark ansteigen werden.

Angesichts dieser Einschätzungen und der zuvor dargestellten Wahrnehmungen einer klar ökonomisch ausgerichteten Energiepolitik auf Landes- und Bundesebene, kann es kaum überraschen, dass immerhin 6 von 10 Befragten davon ausgehen, dass über den Atomausstieg noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

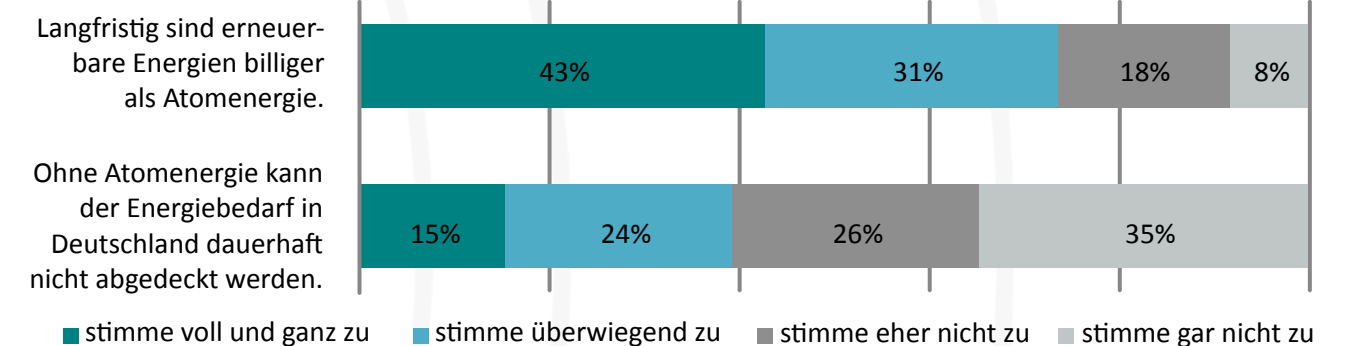
Abbildung 10: Bewertung des Atomausstiegs



Gleichzeitig wird auch immer wieder die Frage gestellt, ob durch die Abschaltung der Atomkraftwerke eine Versorgungslücke entstehen wird. Die meisten Thüringer (60%) glauben, dass der Energiebedarf auch ohne Atomenergie abgedeckt werden kann. Damit sich diese Erwartung erfüllt, ist es jedoch entscheidend, dass ausreichend Alternativen zur Verfügung stehen.

Zu diesem Zweck ist ein massiver Ausbau erneuerbarer Energien geplant. Das Potenzial dieser alternativen Formen der Energiegewinnung wird von den Bürgern überwiegend positiv eingeschätzt, gerade auch in ökonomischer Hinsicht: Fast drei Viertel der Befragten gehen davon aus, dass langfristig die Energie aus diesen Quellen günstiger ist als die Atomenergie.

Abbildung 11: Bewertung der Energieversorgung ohne Atomenergie

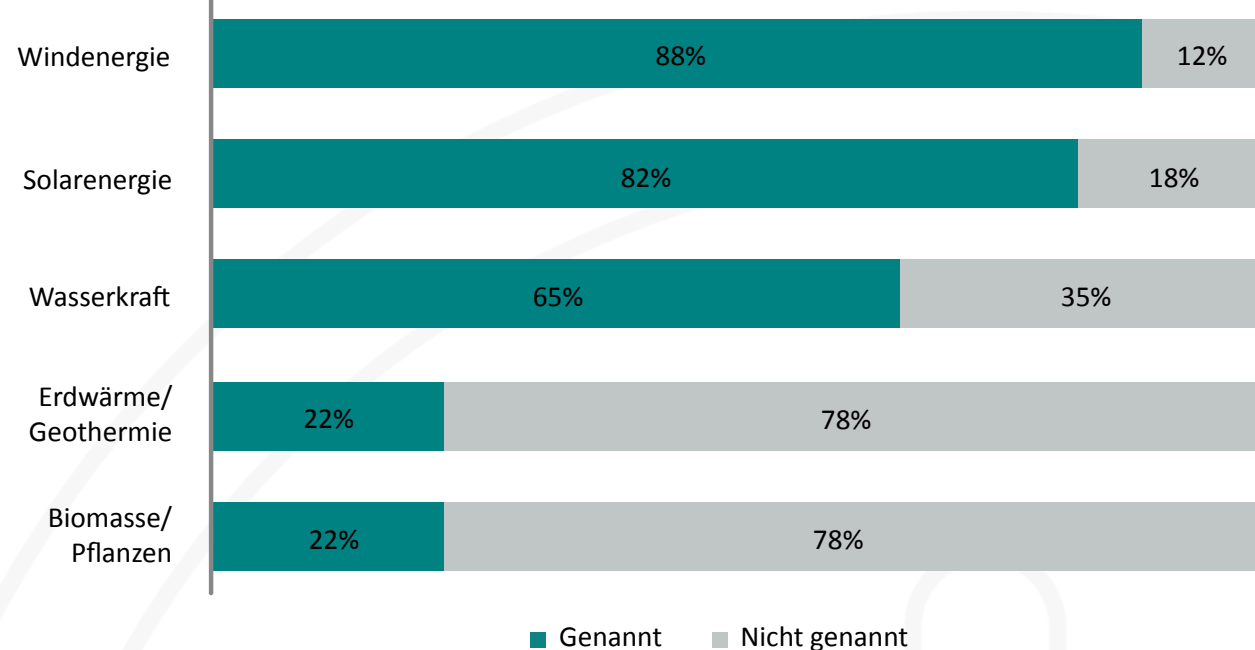




Kennntnisstand über erneuerbare Energien und Energiewende

Dass diese Einschätzung zum Potenzial der erneuerbaren Energien auf einem recht soliden Kenntnisstand beruht, zeigen die Antworten auf eine Reihe von Wissensfragen, die dazu dienten herauszufinden, wie gut die Befragten über die erneuerbare Energien und die Energiewende informiert sind.

Abbildung 12: Nennung erneuerbarer Energiequellen



Kennntnisstand über erneuerbare Energiequellen

Auf die offene Frage, welche Formen der Energiegewinnung ihrer Meinung nach zu den erneuerbaren Energiequellen gehören, nannten die Befragten im Durchschnitt ungefähr 3 dieser alternativen Energieressourcen. Fast alle befragten Thüringer (95 Prozent) konnten zumindest eine Form richtig benennen.

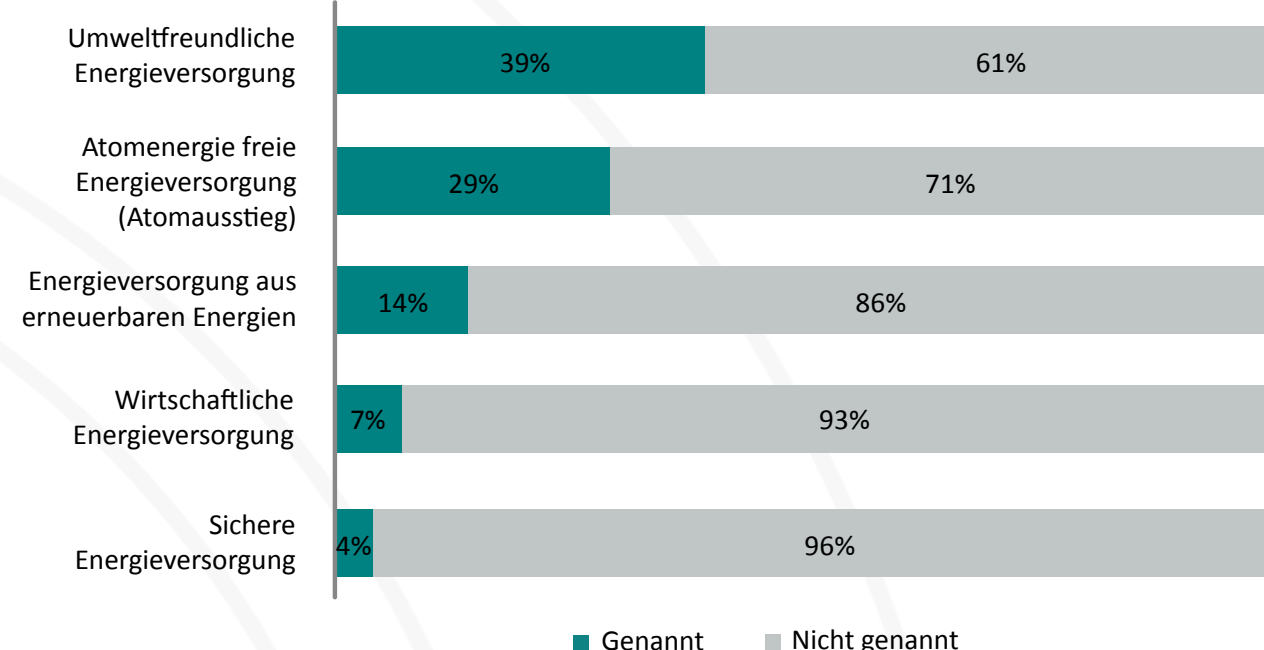
Am häufigsten wurden Wind-, Solar- und Wasserkraftenergie erwähnt. Die gerade für Thüringen sehr wichtige Biomasse wurde hingegen von deutlich weniger Personen thematisiert. Das gleiche gilt auch für Erdwärme und Geothermie.

Kennntnisstand über Ziele der Energiewende

Der recht gute Kenntnisstand der Bürger bezüglich des Themas zeigt sich auch daran, dass die meisten (ungefähr 2/3 der Befragten) auf die offene Frage, welche Zielsetzungen mit der Energiewende verbunden sind, sinnvolle Angaben machen konnten, die den Kern des Beschlusses wiedergeben. Am häufigsten wurden eine umweltverträgliche Energieversorgung und

der Ausstieg aus der Atomenergie genannt. Ebenfalls recht häufig wurde die Versorgung durch erneuerbare Energie erwähnt. Die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit – beides Aspekte, die nicht im Mittelpunkt der Energiewende stehen – wurden hingegen von nur wenigen Befragten als Zielsetzungen hervorgehoben.

Abbildung 13: Nennung von Zielen der Energiewende





Die Mehrzahl der Befragten weiß nicht nur recht gut über die Zielsetzungen der Energiewende Bescheid, sondern viele haben auch recht klare Vorstellungen davon, welche Maßnahmen diskutiert werden, um die Energiewende in Deutschland zu realisieren: Neben der Förderung der erneuerbaren Energien – namentlich der Wind- und Sonnenenergienutzung – die von vielen Thüringern hiermit in Zusammenhang gebracht wurden, sind weitergehende Aspekte wie der

Netzausbau und die Erforschung und der Einsatz von Speichertechnologien immerhin noch von 8 Prozent genannt worden. Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz werden hingegen nur von einer kleiner Gruppe (2 Prozent) mit der Energiewende in Verbindung gebracht. 11 Prozent bezeichneten den Atomausstieg selbst nicht nur als Ziel, sondern auch als Maßnahme im Rahmen der Energiewende.

Maßnahme	Genannt (%)	Nicht genannt (%)
Windenergieausbau	28%	72%
Solarenergieausbau	20%	80%
Ausbau erneuerbarer Energien	14%	86%
Atomausstieg	11%	89%
Stromnetzausbau	10%	90%
Forschungsförderung (Speichertechnologie/Elektromobilität)	5%	95%
Wasserkraftausbau	5%	95%
Bau von Pumpspeicherkraftwerken	4%	96%
Förderung von Energieeffizienz	2%	98%

Auch wenn der Netzausbau und der Bau von Pumpspeicherwerken nur von relativ wenigen Personen als Maßnahmen genannt wurden, haben dennoch viele Befragte von diesen Maßnahmen nicht nur gehört, sondern wissen auch, warum diese umstritten sind. Das zeigte sich, als die Befragungsteilnehmer mit speziellen Fragen zu diesen beiden Maßnahmen konfrontiert wurden: 44 Prozent der Befragten konnten Angaben dazu machen warum Pumpspeicherwerke umstritten sind und sogar 71 Prozent nannten Gründen, die den Netzausbau zu einem Streitthema machen.

Als Haupteinwände gegen den Ausbau der Stromtrassen wurden Umwelt- und Landschaftsaspekte genannt. Aber auch andere, in der Debatte immer wieder thematisierte Probleme wie die Strahlenbelastung, die grundlegenden Skepsis hinsichtlich der Notwendigkeit des Ausbaus, die fehlende Akzeptanz bei den Anwohnern, sowie die negativen ökonomischen Auswirkungen z.B. für den Tourismus, sind einigen Befragten als Streitthemen bekannt. Immerhin 6 Prozent nannten auch die Debatte um die Erdverkabelung als Alternative zur Freileitung als Gegenstand der Auseinandersetzung.

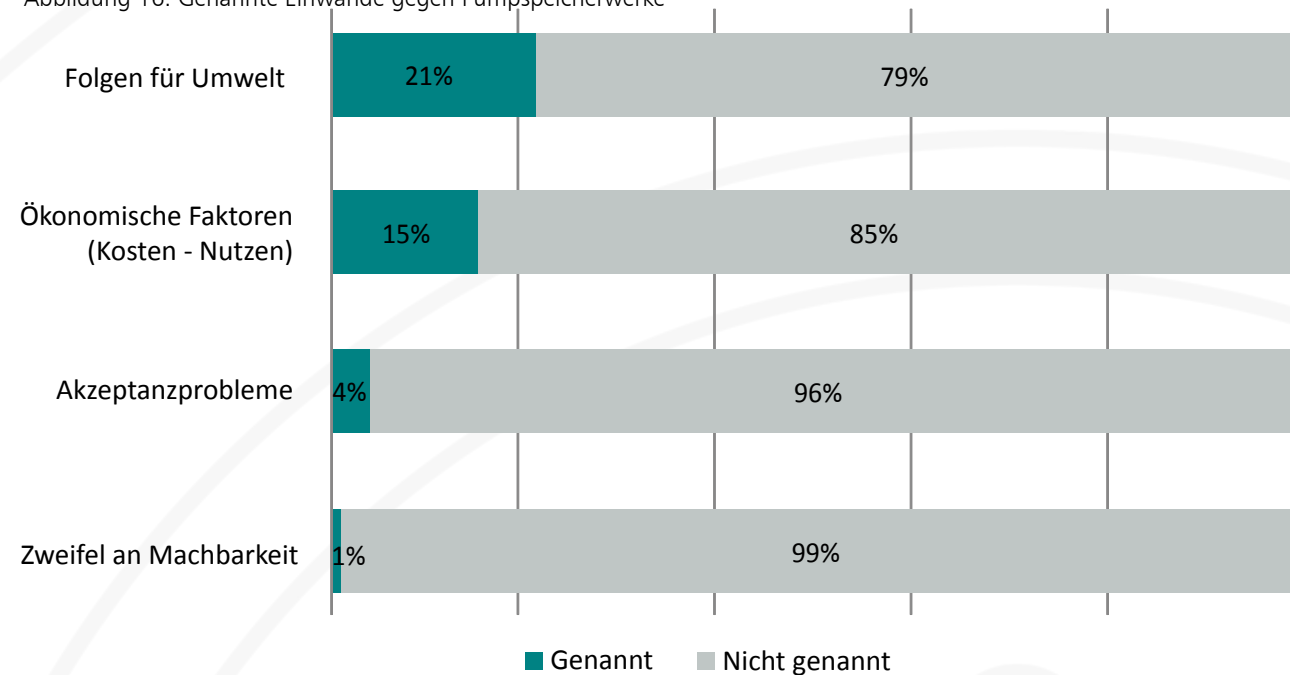
A horizontal stacked bar chart with eight categories on the y-axis. Each bar is divided into two segments: a teal segment representing 'Genannt' (Mentioned) and a grey segment representing 'Nicht genannt' (Not mentioned). The percentages are labeled within each segment. The categories are listed in descending order of the 'Genannt' percentage.

Kategorie	Genannt (%)	Nicht genannt (%)
Zerstörung von Landschaft und Wald	26%	74%
Folgen für Umwelt	25%	75%
Zweifel an Notwendigkeit (Versorgungssicherheit)	11%	89%
Ökonomische Faktoren (Kosten - Nutzen)	7%	93%
Gesundheitliche Folgen (Strahlung)	7%	93%
Erdkabel als Alternative zu Freileitungen	6%	94%
Mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung	5%	95%
Kommunale Folgen (Tourismus/Wohnraum)	3%	97%



Bei den Pumpspeicherwerken ist die Palette der genannten Einwände schmaler: Auch hier steht an erster Stelle der Umweltaspekt, dicht gefolgt jedoch von ökonomischen Argumenten, die die Rentabilität von Pumpspeicherwerken in Frage stellen.

Abbildung 16: Genannte Einwände gegen Pumpspeicherwerke



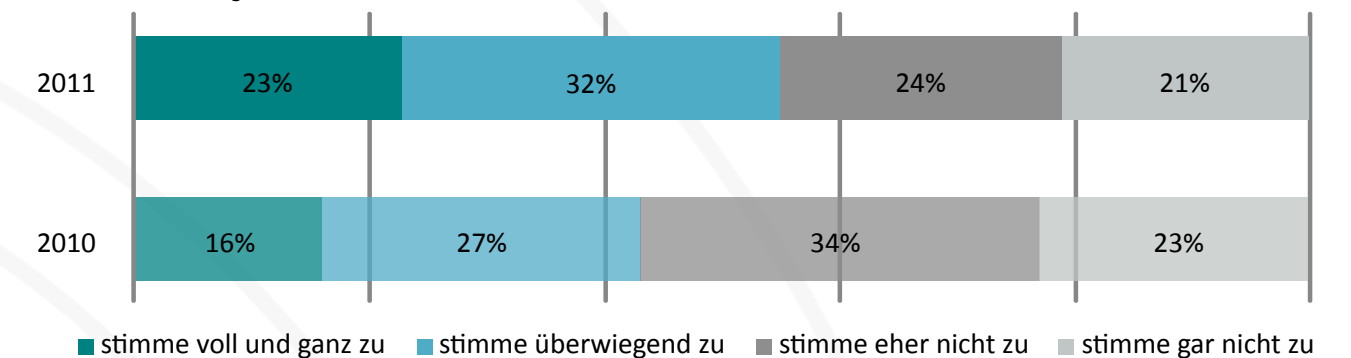
Einstellungen zum Netzausbau durch den Thüringer Wald

Der Ausbau der Stromnetze ist für Thüringer nicht nur ein abstraktes politisches Thema, sondern Thüringen ist durch eine 380kV-Starkstromtrasse, die durch den Thüringer Wald führen soll, unmittelbar vom Netzausbau betroffen. Aus diesem Grund wurden zu diesem Thema noch weitere Fragen gestellt:

Zum einen wurde ermittelt, welche Einstellung die Bevölkerung zur Stromtrasse durch den Thüringer Wald hat. Die Daten dokumentieren dies-

bezüglich einen Meinungswandel: Während sich im Jahr 2010 noch eine Mehrheit der Befragten gegen den Bau der Starkstromtrasse durch den Thüringer Wald ausgesprochen hatte (57 Prozent), waren im Jahr 2011 die Befürworter in der Überzahl (55 Prozent). Es ist anzunehmen, dass die öffentliche Debatte, die im Zusammenhang mit der Energiewende gerade auch mit Blick auf den Netzausbau geführt wurde, hierzu beigetragen hat.

Abbildung 17: „Es ist notwendig das Stromnetz durch den Thüringer Wald auszubauen, um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben.“

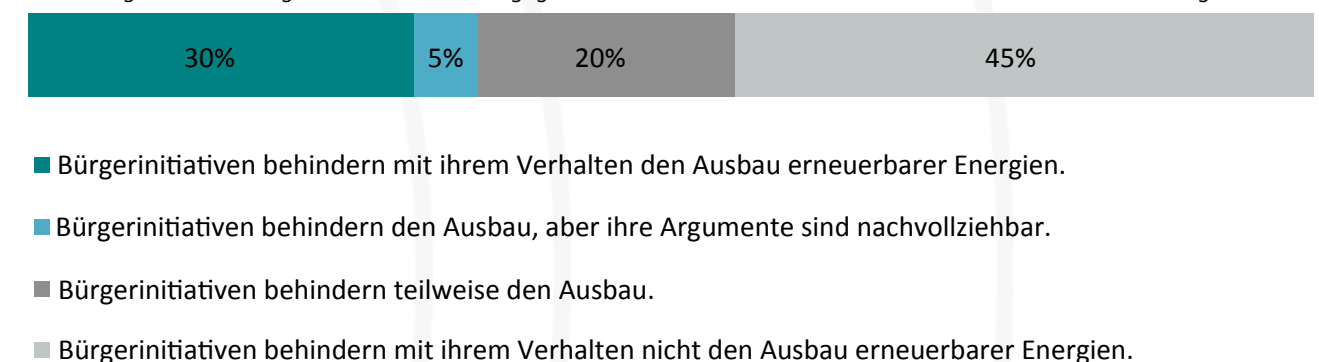


Des Weiteren wurde erfragt, ob die Befragten sich schon einmal an Protesten gegen die 380 kV-Trasse beteiligt haben. Dabei zeigte sich, dass immerhin 4 Prozent der Befragten schon einmal an solchen Protesten teilgenommen haben.

Auf die anschließende Frage, ob der Vorwurf zutrifft, dass die Protestaktionen von Bürger-

initiativen den Umstieg auf erneuerbare Energien behindern, zeigten sich die Befragten gespalten: 45 Prozent sahen in den Protesten kein Hindernis, aber ein gutes Drittel erkannte in ihnen durchaus eine Ursache für mögliche Verzögerungen. 20 Prozent der Befragten waren unsicher, welche Auswirkungen die Proteste haben könnten.

Abbildung 18: Bewertung von Protestaktionen gegen 380 kV-Trasse im Hinblick auf den Ausbau erneuerbarer Energien



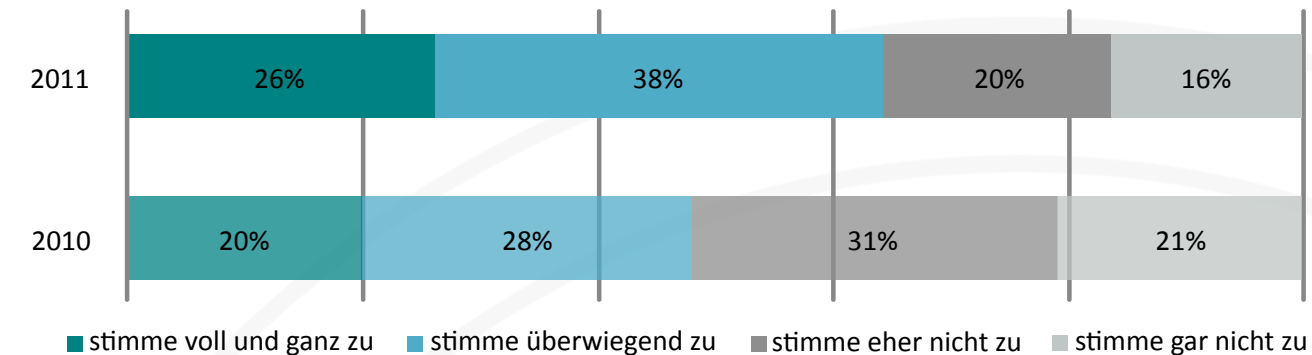


Einstellungen zum Ausbau von Wind- und Solarenergie

Ähnlich wie beim Netzausbau, trifft auch die vermehrte Nutzung der Windkraft durchaus nicht nur auf Befürworter. Zum einen werden Windräder als Verschandelung der Landschaft kritisiert, zum anderen werden aber auch von Anwohnern Lärmstörungen, Belästigungen durch Schattenwurf und negative Auswirkungen auf den Grundstückswert beklagt. Vor allem diese negativen Aspekte, die mit der Nutzung der Windkraft in

Verbindung gebracht werden, dürften die Ursache dafür sein, dass die Mehrheit der Thüringer (52 Prozent) sich 2010 gegen einen Ausbau der Nutzung der Windenergie ausgesprochen hat. Aber ähnlich wie beim Netzausbau, haben sich auch hier die Verhältnisse im Jahre 2011 geändert: Nun findet sich eine Mehrheit von 64 Prozent, die den Ausbau der Windenergie in Thüringen befürwortet.

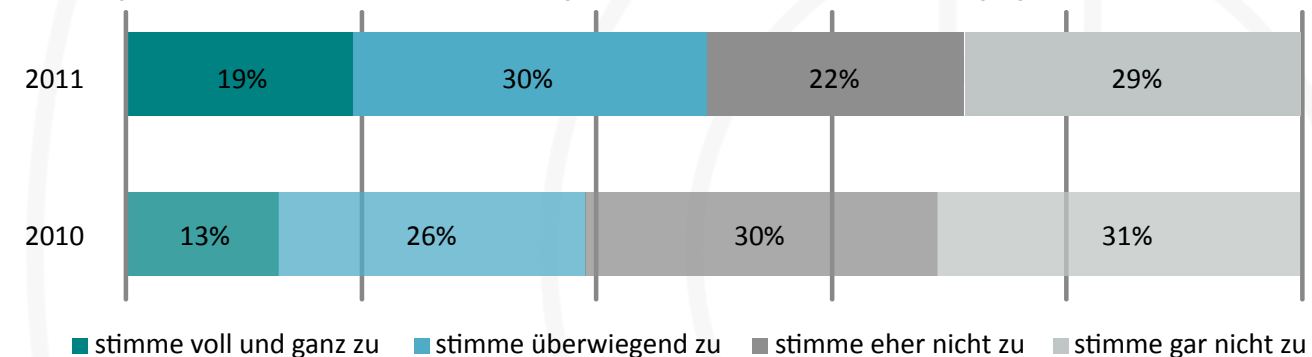
Abbildung 19: „In Thüringen sollten mehr Windkraftträder genehmigt werden.“



Wie oben dargestellt, wird die Energiewende in erster Linie mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien in Verbindung gebracht. Die Bürger nennen in dem Zusammenhang neben der Windenergie vor allem den Ausbau der Nutzung der Sonnenenergie. Ähnlich wie mit der Nutzung der Windenergie ist aber auch mit der Nutzung der Sonnenenergie durchaus Konfliktpotenzial verbunden. Hier entzündet sich die Kritik jedoch vor allem an den Kosten. Kritisiert werden insbesondere die hohen Einspeisevergütungen, die

die Produzenten von Solarstrom erhalten. Dieses Argument findet offenbar bei den Thüringern durchaus Gehör. 2010 fanden es nur 39 Prozent der Befragten in Ordnung mehr Geld für den Strom zu zahlen, um damit den Ausbau der Nutzung der Sonnenenergie zu finanzieren. Im Jahr 2011 ist der Anteil zwar auf 49 Prozent gestiegen, aber immer noch gibt es eine kleine Mehrheit, die sich gegen eine finanzielle Förderung der Sonnenenergie durch die Stromkunden ausspricht.

Abbildung 20: „Ein höherer Strompreis ist in Ordnung, wenn damit der Ausbau der Solarenergie gefördert wird.“

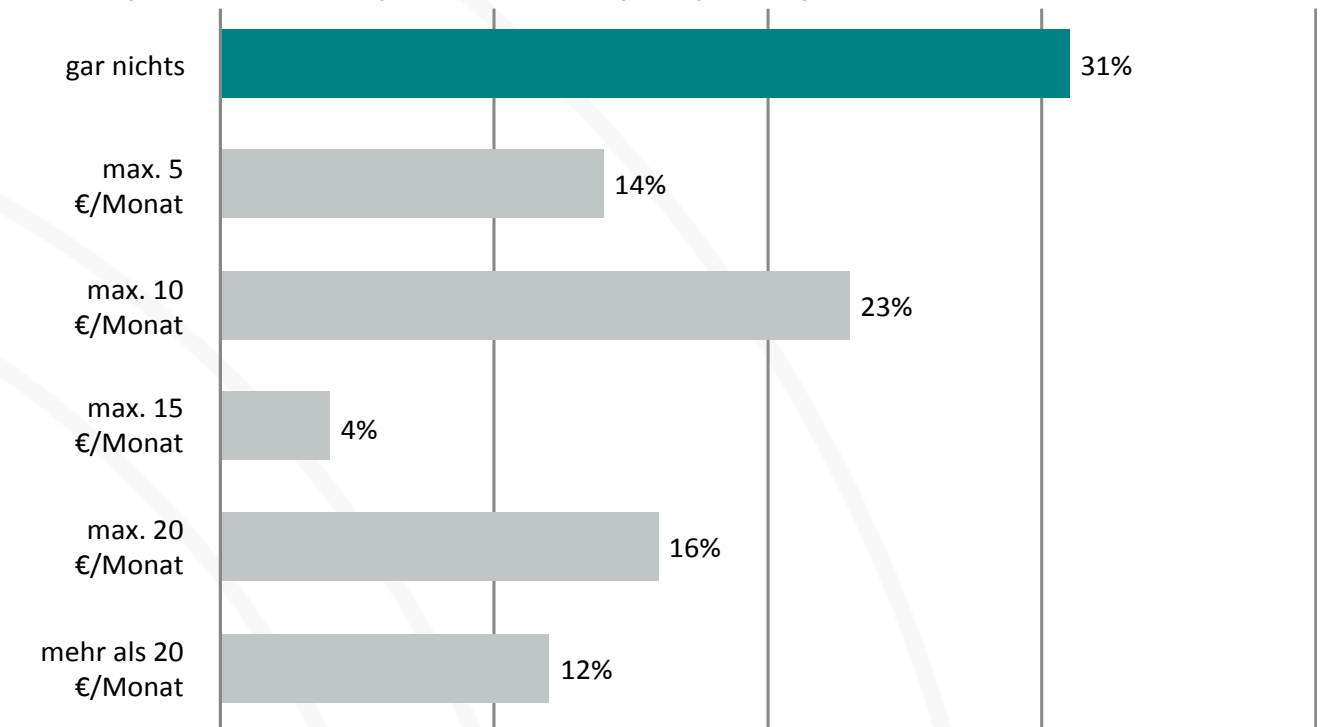


Zahlungsbereitschaft zur Ermöglichung der Energiewende

Auch wenn die finanzielle Förderung der Sonnenenergie bei vielen Thüringern keine uneingeschränkte Zustimmung findet, sind sich die Thüringer aber grundsätzlich darüber im Klaren, dass es die Energiewende nicht zum Nulltarif geben wird und sie sind auch bereit etwas dafür zu zahlen. Auf die Frage, wie viel Euro sie mehr an Energiekosten zahlen würden, um die

Energiewende zu ermöglichen, zeigte sich bei mehr als 2/3 der Befragten zumindest eine gewisse Zahlungsbereitschaft. Diese hat allerdings bei den meisten Befragten relativ enge Grenzen: Nur rund die Hälfte von denen, die grundsätzlich zahlungsbereit sind, würden ggf. mehr als 10 Euro im Monat zusätzlich ausgeben.

Abbildung 21: Persönliche Zahlungsbereitschaft zur Ermöglichung der Energiewende





Energiebezogene Handlungsbereitschaft

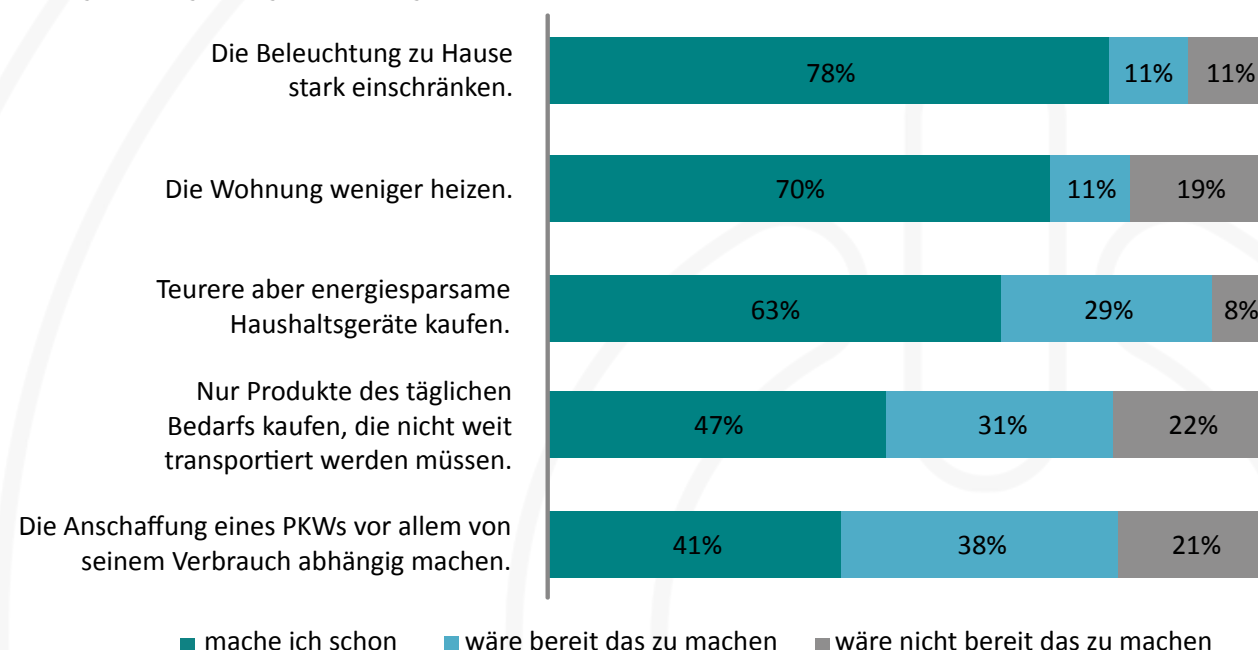
Der mehr oder weniger sparsame und umweltfreundliche Umgang mit Energie ist nicht nur ein abstraktes politisches Thema, sondern die mit der Energienutzung verbundenen Verhaltensweisen sind auch für das alltägliche Leben der Bürger von Bedeutung. Über die Energiekosten, die die Verbraucher zu bezahlen haben, wirken sich die energiepolitischen Entscheidungen zudem direkt auf ihre finanzielle Situation aus. Durch energiesparendes Verhalten können die Verbraucher den steigenden Energiepreisen entgegentreten und damit gleichzeitig einen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Je höher die Energiepreise steigen, desto größer ist der Anreiz sich energiesparend zu verhalten. Auf diesem Grundgedanken beruht auch die gezielte steuerliche Belastung des Energieverbrauchs durch die Ökosteuer.

Im Rahmen der Untersuchung wurden in allen Befragungswellen auch Fragen zum Umgang mit Energie gestellt und zur Bereitschaft in Zukunft die eigenen Handlungsweisen diesbezüglich zu

verändern. Bezüglich des Umgangs mit Energie im Haushalt (Beleuchtung, Heizen, Haushaltsgeräte) bekunden die Befragten ein ausgeprägtes Energiebewusstsein: Zwischen 60 und 80 Prozent der Thüringer sagen, dass sie in diesen Bereichen im Haushalt bereits sparen. Es gibt zudem zumeist nur eine relativ kleine Gruppe, die grundsätzlich nicht bereit ist in diesem Feld zu sparen. Am stärksten trifft diese auf die Beheizung der Wohnung zu: Fast jeder Fünfte will seine Heizung nicht herunterregeln.

In der Befragungswelle 2011 wurden zusätzlich noch einigen Fragen zum Autokauf und zum Einkaufsverhalten integriert. Hierbei zeigte sich, dass in diesen beiden Bereichen der Anteil derjenigen, die sich bereits energiesparsam verhalten, deutlich niedriger ist (zwischen 40 und 50 Prozent) und der Anteil derjenigen, die dazu auch grundsätzlich nicht bereit sind, etwas höher (über 20 Prozent).

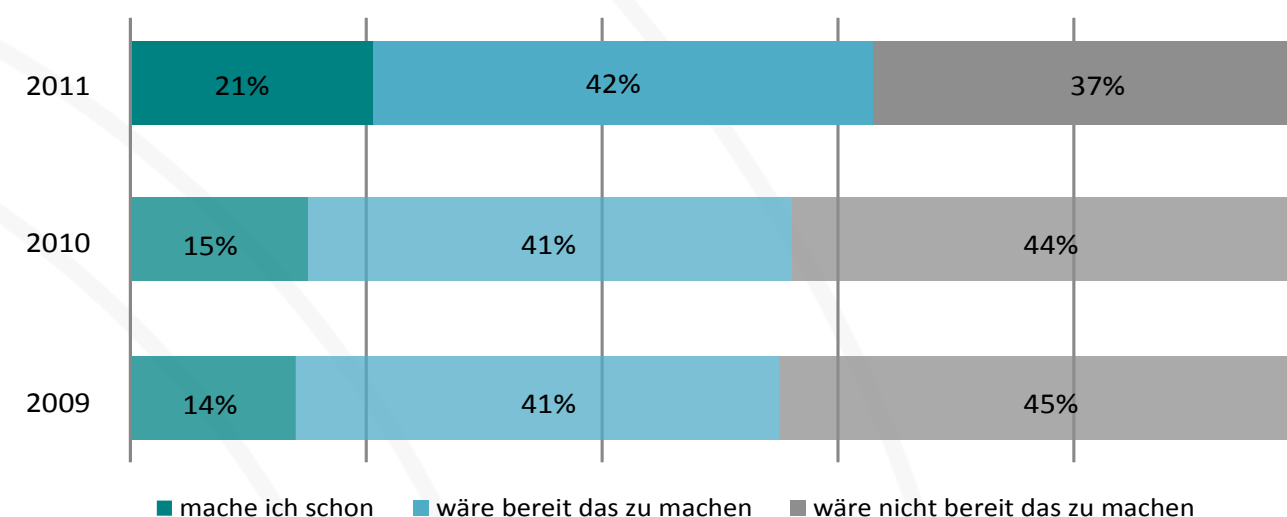
Abbildung 22: Energiebezogene Handlungsbereitschaft in verschiedenen Bereichen



Mit Abstand am niedrigsten sind jedoch das Energiesparengagement und die Handlungsbereitschaft hinsichtlich des Umstiegs auf Ökostrom. Dies ist vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass mit dem Wechsel zu Ökostrom zumeist keine direkten individuellen Vorteile verbunden sind. Während bei allen anderen abgefragten Handlungsweisen zumindest mittelfristig auch ein ökonomischer Nutzen mit dem Handeln verbunden ist, trifft dies auf den Wechsel zur Ökostrom nicht zu. Ganz im Gegenteil, ein solcher Wechsel kann sogar mit höheren Kosten verbunden sein. Trotzdem geben gut zwanzig

Prozent der Befragten an, einen solchen Wechsel bereits vollzogen zu haben, aber mehr als ein Drittel ist dazu grundsätzlich nicht bereit. Bemerkenswert ist vor allem die Veränderung im Zeitverlauf: Während zwischen 2009 und 2010 praktisch keine Veränderungen hinsichtlich der Nutzung und Nutzungsbereitschaft festzustellen waren, ist der Anteil der Nutzer von Ökostrom, zwischen 2010 und 2011 um immerhin 6 Prozentpunkte gestiegen und auf der anderen Seite die grundsätzliche Ablehnung um 7 Prozentpunkte gesunken.

Abbildung 23: Handlungsbereitschaft den Stromanbieter zu wechseln, um Ökostrom zu beziehen.





Private Haushalte und Smart Meter

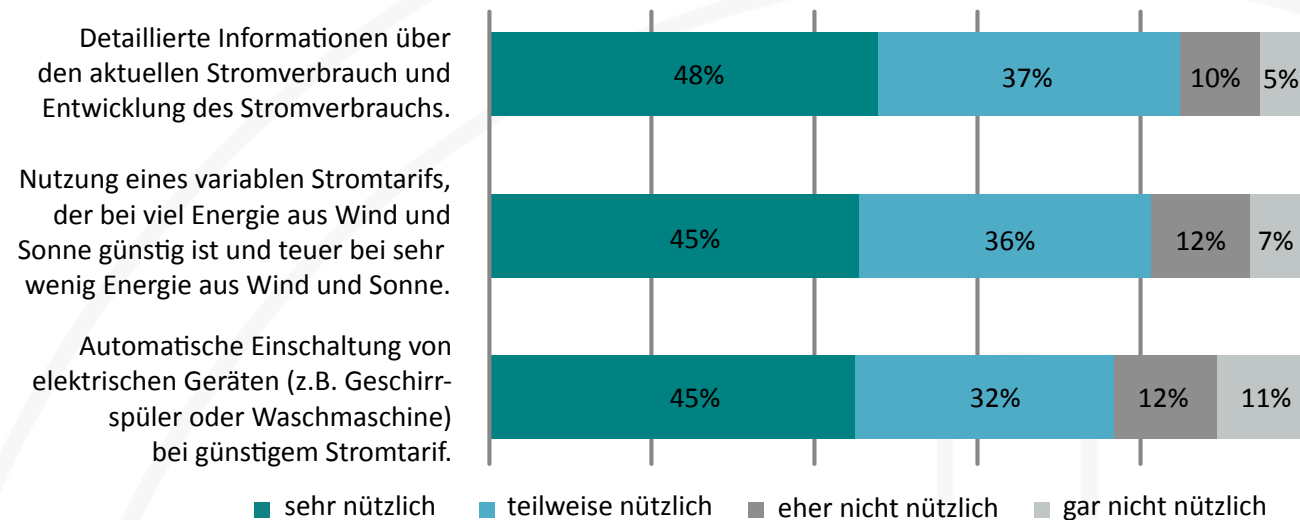
Wie in den zurückliegenden Jahren wurden auch 2011 Fragen zum Smart Metering gestellt.

Bekanntheit von Smart Metern

Was die Bekanntheit der Technologie betrifft, so zeigen sich auch 2011 sogenannte Paneleffekte: Unter denjenigen, die bereits 2010 befragt wurden (N=344), ist der Anteil derjenigen, die die Smart Meter Technologie kennen, mit 56 Prozent deutlich höher als unter denjenigen, die 2011 zum ersten Mal befragt wurden (N=202). In dieser Gruppe kann nur ein Drittel etwas mit dem Begriff „Smart Meter“ anfangen.

Der höhere Wert in der Panelgruppe dürfte auf die Sensibilisierung für das Thema durch die erste Befragung zurückzuführen sein. Auf Information zum Thema Smart Meter sind die Befragten, die schon einmal etwas von Smart Metern gehört hatten, vor allem durch die Medien aufmerksam gemacht worden (53 Prozent). Von Energieversorgern haben nur 12 Prozent der Befragten diesbezüglich Informationen erhalten.

Abbildung 24: Bewertung der Funktionen von Smart Metern



Bewertung der Funktionen von Smart Metern

Die Beurteilung der zusätzlichen Funktionen der „intelligenten Stromzähler“ im Vergleich zu den herkömmlichen Stromzählern fällt überwiegend positiv aus. Sowohl die detaillierteren Verbrauchsinformationen durch Smart Meter, die Möglichkeit der Einführung variabler Stromtarife als auch die Option bestimmte Geräte durch Smart Meter direkt anzusteuern, wird von fast der Hälfte der

Befragten als sehr nützlich eingeschätzt. Ein weiteres Drittel der Bürger findet diese Möglichkeiten der Technologie zumindest teilweise nützlich. Bezweifelt wird die Nützlichkeit hingegen nur von einer Minderheit der Befragten (weniger als einem Viertel).

Zahlungsbereitschaft für Smart Meter

Die Zahlungsbereitschaft für den Einbau eines Smart Meters hat sich zwischen 2009 und 2010 deutlich erhöht. 2009 waren es weniger als 20 Prozent der Befragten, die Angaben mehr als 100 Euro für ein Smart Meter ausgeben zu wollen. 2010 waren es über 50 Prozent. 2011 ist dieser Anteil wieder etwas gefallen, allerdings nur knapp unter die 50 Prozentmarke. Die Zahlungsbereitschaft ist somit auch weiterhin als recht hoch einzuschätzen.

Abbildung 25: Zahlungsbereitschaft für den Einbau von Smart Metern

